



## Antrag

Fraktion AfD

### **Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation beenden**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, sich bei der deutschen Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sie sich auf der EU-Ebene für eine sofortige Beendigung der Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation einsetzt.

### **Begründung**

Im Sommer 2015 gab es eine Grundsatzvereinbarung der 28 Staats- und Regierungschefs. Es wurde beschlossen, die Sanktionen erst aufzuheben, wenn die Vereinbarungen des Minsker Friedensplanes zum Ukraine-Konflikt komplett erfüllt sind. Das ist bislang nicht der Fall. Aber Russland hat es nicht alleine in der Hand, ob die Minsker Vereinbarungen erfüllt werden oder nicht. Die ukrainische Regierung blockiert aktiv den Minsker Friedensplan. Die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik mit ihrem Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit hat in der Publikation SWP aktuell vom Februar 2016 zur Umsetzung der Minsker Vereinbarung unter der Überschrift „Ukraine bremst“ u. a. darauf hingewiesen, dass einige ukrainische Politiker in einer Blockade von Minsk ein Instrument sehen, um die EU-Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten. Eine Lösung des Konfliktes ist nicht in Sicht. Der „Alles-oder-Nichts“-Kurs der EU ist gescheitert. Alle beteiligten Akteure leiden unter den schmerzhaften Russland-Sanktionen der EU. Die russische Wirtschaft und damit die Bevölkerung leiden besonders stark unter den Strafmaßnahmen. Aber auch die heimische Wirtschaft ist betroffen. Der Verband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalt und die IHK Magdeburg vermeldeten Probleme aufgrund der Sanktionen und Handelsbeschränkungen. Die Exporte aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nach Russland sind laut einer Meldung auf „MDR-online“ massiv eingebrochen. Ihr Wert hat sich gegenüber 2013 fast halbiert. Das Ziel, den Konflikt zu lösen, wurde verfehlt. Die Sanktionen des Westens gegen Russland, aber auch die russischen Gegenmaßnahmen lösen die politischen Probleme nicht, sondern verschärfen sie. Der Konflikt befindet sich in einer scheinbar endlosen Eskalationsspirale.

(Ausgegeben am 25.08.2016)

le. Sanktionen sind untaugliche Mittel in der politischen Auseinandersetzung mit Russland. Zudem sprechen sich immer mehr Menschen dafür aus, die gegenseitigen Wirtschaftssanktionen aufzuheben. Rund 80 Prozent der Russen und 69 Prozent der Deutschen sind dafür. Die Wirtschaftssanktionen verstärken die Spaltung beider Gesellschaften. Es muss zum Dialog zurückgekehrt werden. Denn ein Dialog über Verbindendes, aber auch Trennendes ist Voraussetzung für die Lösung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme.

Daniel Roi  
Parlamentarischer Geschäftsführer